Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der Ministerwechsel in Österreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library



Der Ministerwechsel in Österreich

Der Beweis für die Gleichwertigkeit zwar noch nicht des Tschechentums mit dem Deutschtum, wohl aber der tschechischen mit der deutschen Obstruktion ist nun glücklich erbracht worden. So wie Graf Thun dem Widerstande der Deutschen, hat Graf Clary dem der Tschechen weichen müssen, obwohl sich die Krone nachdrücklich für ihn und für die parlamentarische Erledigung der an einen bestimmten Termin, an das Ende des Jahres, gebundnen sogenannten Staatsnotwendigkeiten einsetzte. Die mißbräuchliche Anwendung des Notparagraphen 14 der Verfassung durch die Grafen Badeni und Thun zur Überwindung der aus dem tschechisch-deutschen Sprachenstreit entsprungnen parlamentarischen Schwierigkeiten war als die Quelle der tiefgehenden Störung des konstitutionellen Lebens in Österreich erkannt worden, und fast alle Parteien zeigten sich einig in der Absicht, entweder durch gänzliche Abschaffung oder durch gründliche Abänderung dieses schwachen Punkts der Verfassung eine Wiederholung der für das Ansehn der Monarchie schädlichen Erscheinungen der verflossenen drei Jahre zu verhindern. In dem zur Abänderung der betreffenden Verfassungsbestimmung eingesetzten Ausschusse traten neben den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten auch die Jungtschechen für die Aufhebung des § 14 ein, die dann auch, im Widerspruch zu dem erhaltnen Mandat, nach dem Fallenlassen aller gemäßigtern Anträge zum Beschluß erhoben wurde. Vorher hatte aber schon Graf Clary in offner Reichsratssitzung die Erklärung abgegeben, daß er sich eines verfassungswidrigen Gebrauchs der ultima ratio ratloser Staatsmänner enthalten werde. Diese von konstitutionellem Gefühl zeugende freiwillige Beschränkung seiner Handlungsfreiheit machten sich nun die über die Aufhebung der Sprachenverordnungen außer Rand und Band geratnen Jungtschechen zu nutze. Um „die Beleidigung ihrer Nation," die Aberkennung ihrer mit Leidenschaft angestrebten Gleichwertigkeit zu rächen, beschlossen sie, dem Grafen Clary weder ein Budgetprovisorium noch die einzige vom Kabinett Thun-Kaizl

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

unerledigt gelassene Ausgleichsvorlage, die Verzehrungssteuerüberweisung, zu bewilligen. Die Anwendung des § 14 hatte sich der ausdrücklich zur Durchführung dieser Staatsnotwendigkeiten an die Spitze eines neutralen Beamtenministeriums berufne Graf Clary selbst moralisch unmöglich gemacht. Die ungarische Regierung bestand aber auf strikter Erfüllung der Ausgleichsvereinbarung durch regelrechte parlamentarische Erledigung oder durch den § 14.

Nun griff der Monarch selbst ein und suchte die Führer der Mehrheitsparteien zu bestimmen, die Verhandlung des Gesetzentwurfs im Reichsrate zu ermöglichen. Es gehört zu den stärksten Stücken jesuitischer Hinterhältigkeit, wie der polnische Klub und die katholische Volkspartei ihre volle Bereitwilligkeit beteuerten und doch heimlich die von den böhmischen Feudalen und von den Südslawen mehr oder weniger offen unterstützte jungtschechische Obstruktion förderten. So blieb dem Grafen Clary, obgleich er das kaiserliche Vertrauen hatte, von den deutschen Parteien geachtet war und auch die Sympathie Ungarns hatte, nichts übrig als der Rücktritt. Die treue konstitutionelle Gesinnung und die Achtung des gegebnen Worts, die er damit bethätigte, sicherten ihm neben dem fortdauernden Wohlwollen der Krone und der Sympathie der Deutschen die Anerkennung selbst der Mehrheitsparteien, die ihm durchaus nicht verzeihen wollten, daß er den Versuch unternommen hatte, den vom Grafen Thun verfahrnen Staatskarren wieder in das richtige Geleise zu bringen.

Ein noch neutraleres Beamtenministerium unter dem Vorsitz des Eisenbahnministers Wittek, in das zwei Minister des frühern Kabinetts eintraten, und in dem sechs Sektionschefs die Leitung der übrigen Ministerien übernahmen, hat nun lediglich die Aufgabe, nach der Vertagung des Reichsrats mit Hilfe des § 14 die dringenden Staatsnotwendigkeiten zur Durchführung zu bringen und die Verwaltung schlecht und recht weiter zu führen, bis die Tagung der Delegationen und der zur Bewilligung der Landesbudgetprovisorien einberufnen Landtage beendigt sein wird. Durch kaiserliche Verordnung wurde am letzten Tage des Jahres kund gemacht: das so heftig bestrittne Überweisungsverfahren, ein Übereinkommen mit Ungarn wegen der Gebühren und Stempel und die Bestimmung der Quote, gegen die sich in Ungarn die Obstruktion der Unabhängigkeitspartei gerichtet hatte. Unter den noch vom Reichsrate beschlossenen Gesetzen ist eine überaus erfreuliche Hinterlassenschaft des Kabinetts Clary, die ein Vierteljahrhundertlang angestrebte, wiederholt vergeblich versuchte Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels, die zu hintertreiben die reaktionären Elemente des Herrenhauses noch in der letzten Stunde versucht hatten, für die aber die vom besondern Hasse der Tschechen verfolgten Minister Kindinger und Körber noch in den letzten Stunden ihrer ministeriellen Amtsthätigkeit in anerkennenswert warmer und wirksamer Weise eingetreten waren.

Das ganz unpolitische Kabinett Wittek soll sich nun jeder politischen Thätigkeit enthalten und insbesondre auch nicht von weitem an das große Problem der Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen rühren. Sein

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Bestand ist vorläufig nur auf wenige Wochen berechnet, während deren die Befriedigung der jungtschechischen Fraktion über die für die Aufhebung der Sprachenverordnungen geübte Rache auch in die künstlich erregten böhmischen Wählermassen dringen und den Abgeordneten das spätere Eingehn auf einen neuen Verständigungsversuch erleichtern soll. War auch die auf den Wunsch des Kaisers selbst durch den Obmann des Exekutivkomitees der Rechten, Herrn von Jaworski, einberufne und ebenso von tschechischer wie von deutscher Seite beschickte Konferenz zur Anbahnung einer Beilegung des böhmischen Sprachenstreits ergebnislos verlaufen, so war doch durch mehrmaliges Zusammensein am grünen Tische und durch die verhältnismäßige Ruhe und Sachlichkeit der Erörterung der strittigen Fragen wenigstens die Möglichkeit einer abermaligen friedlichen Auseinandersetzung zwischen den Vertretern beider Volksstämme nachgewiesen.

Die Anbahnung einer solchen will nun die Krone keinem parlamentarischen, sich auf die fast ausschließlich slawischen Mehrheitsparteien stützenden Kabinett, sondern wieder nur einem Beamtenministerium übertragen, dessen Zusammensetzung aber noch in tiefes Dunkel gehüllt ist. Der langjährige erbitterte Sprachenkampf zwischen Deutschen und Tschechen hat wohl beiden Nationalitäten die Überzeugung beigebracht, daß keine von ihnen stark genug sei, die andre vollständig zu überwinden, und daß nur durch gegenseitige Zugeständnisse der schließlich doch von beiden Seiten gewünschte nationale Friede herbeigeführt werden könne. Über das Maß der zulässigen Nachgiebigkeit gehen freilich die Ansichten noch weit auseinander. Das Wort des Ministers Kaizl, daß nur noch eine dünne papierne Wand die beiden sich feindselig gegenüberstehenden Volksstämme Böhmens voneinander trenne, ist leider viel zu optimistisch. Die Deutschen haben aber durch die Aufstellung ihres Pfingstprogramms wenigstens den Rahmen geschaffen, innerhalb dessen sich Erörterungen über eine Verständigung bewegen können. Daß die Tschechen das Pfingstprogramm nicht als Verhandlungsgrundlage annehmen wollen, schließt den Beginn einer Auseinandersetzung noch nicht aus. Ganz abgesehen von den Versicherungen der Führer auf beiden Seiten, daß sie zu einer Verständigung auf Grundlage der Gerechtigkeit bereit seien, ist es ganz zweifellos, daß wichtige materielle Interessen gebieterisch die endliche Beilegung des Sprachenstreits fordern, und daß auf tschechischer wie auf deutscher Seite zahlreiche Elemente mit Ungeduld auf eine solche warten und gegen die nationalradikalen Heißsporne hüben wie drüben Front zu machen bereit sind.

Einen ersten Schritt nach dieser Richtung bedeutet das Wiedererscheinen der deutschen Abgeordneten im böhmischen Landtage, obwohl kurz vorher der Abgeordnete Gregr in der österreichischen Delegation nichts weniger als Frieden verheißende Töne angeschlagen hatte. Er begründete die Nichtbewilligung des gemeinsamen Budgetprovisoriums „mit dem Mißtrauen, mit dem instinktiven Widerwillen des tschechischen Volks gegen den Dreibund, der durch seinen Einfluß und Druck die politische und nationale Entwicklung dieses seit Jahr-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

hunderten unter dem Joche einer unerträglichen Fremdherrschaft schmachtenden Volks hemme, dem durch die Aufhebung der Sprachenverordnungen die Hoffnung geraubt worden sei, daß die lange und traurige Periode der Germanisierung desselben ihrem Ende nahe sei, daß die nationale Unterdrückung aufhören werde." Das tschechische Volk im Verein mit Ungarn habe aus Österreich eigentlich erst eine Großmacht geschaffen, Slawen und Magyaren seien es vor allem, die dieses Bollwerk zwischen dem asiatischen Osten und dem europäischen Westen errichtet, mit ihrem Blute verteidigt und im Schweiße ihrer Arbeit erhalten haben und noch heute erhalten. Wären die nichtdeutschen Völker schon vor dem Jahre 1866 germanisiert worden, so wäre heute Österreich eine Provinz Deutschlands, das Geschlecht der Habsburger ein Vasall der Hohenzollern. Durch die Aufhebung der Sprachenverordnungen sei das tschechische Volk infolge eines Komplotts der hohen Büreaukratie, seines entschiedensten und gefährlichsten Gegners, mit der Kamarilla und mit den Spitzen des Heeres gegen das Kabinett Thun von neuem als ungleichwertiges, nichtgleichberechtigtes, inferiores Volk gebrandmarkt worden, und durch die Schuld des Ministeriums Clary habe das dynastische Gefühl dieses gekränkten Volks eine tiefe Erschütterung erlitten. Die großdeutsche, antiösterreichische Agitation, die ihre Schmerzensschreie offen und frei durch alle Gaue Deutschlands ertönen lasse, habe nicht verfehlt, auch in Berlin den gewünschten Eindruck hervorzurufen. Der Unmut des deutschen Kaisers über die angebliche Unterdrückung der Deutschen in Österreich habe die Wiener maßgebenden Kreise so in Angst und Schrecken gesetzt, daß sie zum Rückzuge bliesen, als die gerechte Forderung des tschechischen Volks erfüllt werden sollte.

Diese Rede war nun gewiß ein böses Vorspiel zu deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen. Das größte Hindernis eines Erfolgs aber hat Gregr deutlich durch die schroffe Betonung des böhmischen Staatsrechts als des einzigen rechtlichen Titels der Vereinigung Böhmens mit Österreich bezeichnet. „Der Reaktivierung dieses Rechts setzt sich als größtes Hindernis die gegenwärtige cisleithanische Verfassung entgegen, gegen die deshalb das tschechische Volk die intensivste Bewegung richtet, gegen die es den Kampf nie aufgeben darf und kann." Diese Lösung der böhmischen Frage betrachtet Gregr als dringendste Staatsnotwendigkeit.

Mit dieser Aufrollung des österreichischen Problems wäre aber der Kampf auf Tod und Leben zwischen den Slawen und den Deutschen der Monarchie eröffnet. Denn für die Deutsch-Österreicher wäre die Anerkennung des böhmischen Staatsrechts gleichbedeutend mit dem Selbstmord. Mit seinem Siege wäre auch die Auflösung des von Bismarck und Andrássy geschlossenen Bündnisses zwischen den Reichen der Hohenzollern und der Habsburger besiegelt.

Da nun aber der tschechische Fanatismus eine Trennung der staatsrechtlichen Frage von der Sprachenfrage schwerlich zugeben wird, ist die Aufgabe, die dem kommenden Ministerium gestellt ist, von vornherein kaum lösbar. Die im böhmischen Landtage von deutscher Seite eingebrachten Anträge wegen der

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Einrichtung der Ämter auf Grund der Sprachverhältnisse, wegen der Errichtung von nationalen Kurien und wegen der nationalen Abgrenzung, andrerseits die von tschechischer Seite gestellten Anträge wegen der Durchführung der Gleichberechtigung der tschechischen Sprache bei den Gerichts- und Verwaltungsbehörden, wegen der Wahrung der Gleichberechtigung der Sprachen bei der Prager Statthalterei und wegen der Anstellung von Richtern, die der tschechischen Sprache nicht mächtig sind, lassen erkennen, daß der Versuch einer Verständigung wohl unternommen werden soll, daß aber die Gegensätze der Anschauungen schwerlich werden überbrückt werden können. Sehr erschwert wird jeder Ausgleich dadurch, daß auch die mährischen Tschechen sofort eine gewaltige Entrüstung über die Aufhebung der Sprachenverordnungen kundgegeben haben, und die schlesischen Tschechen dagegen protestieren, daß ein Verständigungsversuch ohne ihre Einbeziehung eingeleitet werde.

Ob das mit einem grammatikalischen und politischen Barbarismus als „Provisorissimum" bezeichnete Ministerium Wittek während seiner kurzen Dauer den Reichsrat überhaupt einberufen werde, scheint fraglich und wird wohl davon abhängen, ob sich die Zusammenstellung der folgenden Regierung leicht und rasch vollziehn, und ob sich die Wahrscheinlichkeit eines leidlichen Verhältnisses der Regierung zu den Parteien der Mehrheit wie der Minderheit des Parlaments ergeben wird. Zu diesem Zweck werden Vorverhandlungen mit den Parteiführern eingeleitet werden müssen. Andrerseits stehn wieder fixe Termine drohend am politischen Firmament. Quote und Budgetprovisorium sind nur für sechs Monate festgestellt, und der ungarische Ministerpräsident Széll hat schon in seiner Neujahrsrede angedeutet, daß er auf rasche parlamentarische Erledigung der nur durch kaiserliche Verordnung vorläufig geregelten Ausgleichsangelegenheiten dringen werde.

Es ist auch gar nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen der beiden Delegationen zu einer Verschärfung der auf dem Gebiete der äußern Politik bestehenden Gegensätze führen und dadurch eine Rückwirkung auf die Entwicklung der innern Politik und auf die Gestalt des kommenden Kabinetts ausüben werden. Der feurige Szekler Volkstribun Gabriel Ugron hat schon in der ungarischen Delegation dem Ausfalle Gregrs gegen die Dreibundpolitik ausgiebige Unterstützung angedeihn lassen, indem er als ausschließlichen Nutznießer ihrer Vorteile das Deutsche Reich hinstellte und sich von der maßgebenden Rolle des deutschen Kaisers nicht sehr erbaut zeigte. Die Verschiedenheit der Anschauungen über das Verhältnis zum Deutschen Reich dürfte zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Tschechen, Polen, Südslawen und Klerikalen einerseits und der für die Politik des Grafen Goluchowski eintretenden deutschen Oppositionsparteien andrerseits führen und die Aussichten auf das Gelingen einer gesetzlichen Regelung der Sprachenverhältnisse in Österreich nichts weniger als günstig beeinflussen.

So hat denn der durch die tschechische Obstruktion bewirkte Regierungswechsel sehr wenig oder gar nichts zur Klärung der innern Lage beigetragen,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und es ist bis jetzt mindestens sehr zweifelhaft, ob der sofort in Aussicht genommne nächste Regierungswechsel den im Reichsrat vertretnen Königreichen und Ländern und den sie bewohnenden Völkern im Laufe der nächsten Zeit wenn auch nicht einen endgiltigen nationalen Frieden, so doch wenigstens eine Art von Waffenstillstand oder auch nur eine fühlbare Milderung des schon die Grundlagen des staatlichen Bestands angreifenden erbitterten Nationalitätenzwists bringen wird. Als der Mann, der an die Spitze dieses neuen Beamtenministeriums, dieser Vorbereitung einer nur nach Annahme eines Sprachengesetzes möglichen parlamentarischen Regierung treten soll, wird in erster Reihe der bisherige Minister des Innern, Dr. Ernst von Körber, eine allseits als ebenso milde und sympathische wie als charaktervoll anerkannte Persönlichkeit, bezeichnet.

Das Gefühl, daß es so nicht weiter gehn könne, daß auf die Dauer ebenso wenig eine Regierung gegen die geeinigten Deutschen wie eine solche gegen die verbündeten Slawen möglich sei, und daß nur auf gesetzlichem Wege eine halbwegs befriedigende Regelung der Sprachenverhältnisse erzielt werden könne, ist inzwischen immer allgemeiner in das Bewußtsein der Bewohner Österreichs eingedrungen. So darf man vielleicht hoffen, daß der nächste Regierungswechsel eine nationale Verständigung anbahnen und der übernächste sie zu einem gedeihlichen Abschlusse bringen werde.

Die Neugestaltung der subventionierten Reichspostdampferlinien nach Ostasien und Australien

Von P. G. Müller

Die Grenzboten haben in den Heften 2 und 3 vom Jahre 1897 einen Aufsatz[1]) gebracht, worin die Entwicklung der subventionierten Reichslinien nach Ostasien, Australien und Ostafrika dargestellt ist. Der Aufsatz schließt mit einem Hinweis auf die von der Regierung beabsichtigte Neugestaltung der ostasiatischen Dampferlinien durch Verdopplung der Fahrten auf dieser Linie und durch Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit der Dampfer. Wie in diesem Aufsatze bemerkt wird, war die Regierung durch die überlegne ausländische Konkurrenz zur Ergreifung dieser Maßregeln gezwungen und ferner durch den starken Andrang der zu verschiffenden Güter. Dieser letzte Umstand hatte schon 1890 zu Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem Norddeutschen Lloyd Ver-

[1]) Unsre Postdampferlinien von Franz Horstmann.

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG